

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 22 241
Kurz für Nachschreiber: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 14. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark.
Wochensubskription für Monat Juni 3,40 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklameweile 400 Pfg., außerhalb 450 Pfg., Offertengebühr 20 Pfg., Kabinettgebühren gegen Vorauszahlung.

Schiffvermittlung und Hauptvertriebsstelle:
Markenstraße 33/42
Druck und Verlag von Euph & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Raddruck nur mit deutlicher Kundenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unbelegte Briefstücke werden nicht aufbewahrt.

Endkampf zwischen D. B. P. — Müller-Franken

Vormittags-Besprechungen wieder ergebnislos.

Heute Nachmittag letzter Einigungsversuch. — Dann Berichterstattung beim Reichspräsidenten. — Urlaubsantritt Stresemanns.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Juni. Die sich bei der Regierungsbildung häufenden Schwierigkeiten haben zu einem Abbruch der Verhandlungen geführt. Die Unterhändler der für eine Große Koalition im Reich in Betracht kommenden Parteien hatten am Donnerstagvormittag eine zweistündige Besprechung mit dem Abgeordneten Müller-Franken über das Programm einer zukünftigen Regierung. Die Verhandlungen kamen zwar zum Abschluß, führten jedoch, wie wir hören, in wichtigen Punkten nicht zu einer Einigung. Infolgedessen wird sich der Abgeordnete Müller-Franken heute nachmittag zum Reichspräsidenten begeben und mit ihm die aufgetretenen Schwierigkeiten besprechen.

Als Hauptstreitfragen

blieben heute namentlich noch die aus der Steuerpolitik bestehenden. Die Deutsche Volkspartei forderte neuerdings u. a. die Verringerung der Kapitalertragssteuer und die Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt. Ferner war eine Einigung möglich über den Verfassungstag. Endlich hielt die Deutsche Volkspartei auch ihre Forderung aufrecht, daß die preussische Regierung gleichzeitig mit der Neubildung der Reichsregierung in der Richtung auf die Große Koalition umgebildet werden müsse, obwohl von Seiten der anderen Parteien eingewendet wurde, daß die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich sei, weil die Landtagsfraktionen nicht vor dem 10. Juli zusammentreten können. Als Differenzpunkt milderer Wichtigkeit ist auch die Frage des Baues des Panzerkreuzers bestehen geblieben, desgleichen die Frage der Wohnungszwangswirtschaft. Ungeklärt blieb endlich die Frage der Annahme der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die Schulfragen. — Man hat also heute das Bild

vorläufig völlig gescheiterter Bemühungen.

Wie man das ausgegebene Kommuniqué, das Müller-Franken leblich mit dem Reichspräsidenten die eingetretenen Schwierigkeiten besprechen wollte, deuten soll, darüber sind in parlamentarischen Kreisen die Meinungen völlig geteilt. Während die einen auf dem Standpunkt stehen, daß die Große Koalition nunmehr als gescheitert angesehen werden müsse, zumal gerüchtweise verlautet, daß bei einer Nichtbeteiligung der Deutschen Volkspartei auch die Bauernpartei die Wirtschaftspartei und der Bauernbund kein Interesse mehr für eine Regierungsbildung auf Grund des vorgebrachten Programms haben würden, meinen andere parlamentarische Kreise, daß die Hoffnung auf die Große Koalition durchaus noch nicht ausgegeben zu werden brauche. Es fragt sich nun, was der Reichspräsident dem Abgeordneten Müller-Franken nunmehr nahelegen wird. In dieser Hinsicht kann der

Besuch Dr. Stresemanns bei Hindenburg

den er heute mittag gemacht hat, vielleicht einen Fingerzeig geben. Obwohl die Erkrankung Dr. Stresemanns nach wie vor sehr schwierig ist, hat Dr. Stresemann in diesen Tagen lebhaft in die Regierungsverhandlungen eingegriffen. Nunmehr haben ihn aber die Ärzte kategorisch erklärt, daß er keine Abreise im Interesse seines Gesundheitszustandes nicht mehr hinausjagen könne. Dr. Stresemann hat gleichzeitig bei Hindenburg verabschiedet und begibt sich heute abend wahrscheinlich an die Riviera, muß aber von dort, wie wir von unterrichteter Seite hören, nach Kairo weiterreisen und dort einen dreimonatigen Aufenthalt nehmen. Ob durch Kuren und Reisen allerdings auf die Dauer Dr. Stresemann wieder vollkommen hergestellt werden kann, wird in politischen Kreisen mehr als fraglich geschätzt. — Sicher ist jedenfalls, daß Dr. Stresemann mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg

die Situation in den Regierungsverhandlungen besprochen

hat. Wiederholt hat er den Reichspräsidenten darauf hingewiesen, daß es trotz aller bisherigen Misserfolge notwendig sei, daß in einer sozialdemokratischen Regierung auch bürgerliche Parteien beteiligt seien. Es scheint, daß auch Hindenburg die Meinung Dr. Stresemanns teilt, und vielleicht bedeutet der heutige Abbruch der Verhandlungen doch noch nicht das endgültige Scheitern der Großen Koalition. Auf der anderen Seite meint man in parlamentarischen Kreisen, daß Dr. Stresemann trotz aller Ratschläge seiner Ärzte sicherlich nicht heute Berlin verläßt, wenn er noch eine Möglichkeit sähe, durch persönliche Einflußnahme die von ihm gewünschte Große Koalition herbeizuführen. Da aber nun die Abreise feststeht, folgert man in politischen Kreisen daraus, daß Dr. Stresemann offenbar keine allzu großen Hoffnungen mehr hat.

Berlin, 21. Juni. Das Scheitern der ersten Verhandlungen hat ganz offensichtlich in den beteiligten Kreisen eine große Nervosität hervorgerufen. Zunächst scheint der Abg. Müller-Franken gar nicht recht gewußt zu haben, was nun nachsehen sollte. Schließlich hat er aber, wie erst jetzt bekannt wird, für heute nachmittag 2½ Uhr eine neue Konferenz einzuberufen, an der nur die Führer der beteiligten Fraktionen

teilnehmen und in der noch einmal versucht werden soll, einen Weg zur Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten zu finden. Die Hoffnungen der beteiligten Kreise klammern sich an diese Konferenz, und deshalb wird der Abg. Müller-Franken den Reichspräsidenten, nicht wie oben berichtet, heute nachmittag, sondern vermutlich voraussichtlich erst Freitag besuchen. Die Dispositionen schwanken aber von Stunde zu Stunde. Was den Besuch bei Hindenburg angeht, so wird besonders unterstrichen, daß es sich dabei lediglich um eine Berichterstattung über den bisherigen Verlauf der Besprechungen und nicht um eine geplante Rückgabe des Regierungsbildungsantrages in die Hände des Reichspräsidenten handle.

Poincaré soll regierungsmüde sein.

Paris, 21. Juni. Die Unzufriedenheit mit dem Ausfall der Wahlen vom 19. Juni für die Kommissionen der Kammer hat dazu geführt, daß am Mittwochnachmittag Poincaré den Vorsitzenden der Finanzkommission und den Abg. François Poncelet empfing, da letzterer gemeinsam mit einer großen Anzahl ihm nahestehender Abgeordneter beschlossen hatte, sich an den Kommisionwahlen nicht zu beteiligen. Auf der rechten Seite macht sich eine starke Unzufriedenheit mit der Regierung bemerkbar, die tatenslos den Kommissionswahlen zugeesehen hat, ohne ihren Einfluß geltend zu machen. Diese Unzufriedenheit mit der Regierung hat dazu geführt, daß man in den Wandelungen der Kammer von einer sehr bald bevorstehenden ersten Kabinettskrise spricht und ihren Beginn für die Tage nach der Stabilisierung des Frankens annimmt. Soweit diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, läßt sich nicht nachprüfen, sie belagern weiterhin, daß Poincaré zu mehreren Kollegen geküßelt haben soll, er wolle den geeigneten Augenblick abwarten, um sich von den politischen Geschäften zurückzuziehen.

Die Flieger bei Hindenburg.

Sehr herzlicher Empfang.

Berlin, 21. Juni. Unter dem Jubel einer noch tausenden zählenden Menschenmenge, die den Wilhelmplatz und die Wilhelmstraße zwischen dem Hotel „Kaiserhof“ und dem Präsidentenpalais umsäumte, verließen die Ozeanflieger Punkt 11,30 Uhr das Hotel, um sich zum Reichspräsidenten zu begeben.

Am Portal des Hauses des Reichspräsidenten empfing Staatssekretär Dr. Weikner die Flieger, geleitete sie zum Reichspräsidenten und stellte sie vor. Hindenburg sprach in herzlichen Worten den Ozeanfliegern seine Glückwünsche für das Gelingen ihres kühnen Fluges und zugleich als allerhöchster Anerkennung für die hierbei bewiesene Tapferkeit und Tapferkeit aus. In der anschließenden Unterhaltung ließ sich der Herr Reichspräsident über die Einzelheiten der Ozeanüberquerung berichten.

Beim Abschied überreichte der Herr Reichspräsident jedem der drei Herren als Zeichen seiner Anerkennung und zur Erinnerung sein eigenhändig überschriebenes Bild im Silberrahmen.

Der Empfang war um 11,50 Uhr beendet. Als die Flieger, vom Staatssekretär Weikner begleitet, das Palais verließen, brach die Menge erneut in brausende Hochrufe aus. Sie begaben sich im Automobil ins Hotel zurück.

Festfrühstück im Rathaus.

Berlin, 21. Juni. Die „Bremen“-Flieger folgten darauf einer Einladung des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin zu einem Frühstück im Festsaal des Rathauses, das aus diesem Anlaß sein Feiertagskleid angelegt hatte. Von Stadtbaurat Dr. Adler in einem blumengeschmückten Kraftwagen vom Hotel abgeholt, trafen die Ehrengäste um 1 Uhr vor dem Rathaus ein, vom Oberbürgermeister Dr. Wöhl am Eingange der Wandelhalle herzlich begrüßt. In ihrer Begleitung befanden sich Frau Köhl, Frau Wismaurice, sowie die Väter von Hermann Köhl und Frau Köhl. Die Gäste wurden durch den Stadtverordnetenversammlungssaal nach den Festräumen geleitet, wo sie sich an den reich geschmückten Tischen niederließen. Anwesend waren neben Vertretern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirkskörperschaften, den Ehrenbürgern und Stadältesten Berlins der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika, Schurman, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Parlamente, der Luft- und Seefahrt, der Wissenschaft, der Finanz, des Handels, der Industrie, der Technik und des Handwerks, des Ausstellungensmesse- und Verkehrswesens, der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen und der Presse. Im Verlauf des Frühstücks feierte Oberbürgermeister Dr. Wöhl die Flieger in einer herzlichen Ansprache.

Gefahr für Danzig!

Gdingen genügt nicht für Polen. — Feststellung der Sejm-Hafenkommission.

Danzig, 21. Juni. Die Mitglieder des Seeschiffahrts-Ausschusses des Sejm trafen am Dienstag unter Führung des Abgeordneten Jaleski in Danzig ein, wo sie zunächst den Hafen besichtigten. Später vereinigten sie sich beim polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig, Minister Strahburger, der Danziger Verhältnisse zu Polen darlegte. Dabei stellte Strahburger mit Nachdruck fest, daß das Ziel der polnischen Politik in Danzig die Stabilisierung der polnisch-danziger Beziehungen sei. Die Entwicklung des Danziger Hafens und der Bau des Hafens von Gdingen seien Aufgaben, die eine klare Sprache bedeten.

Gleichzeitig bewies die riesige Entwicklung des Handelsverkehrs im Danziger Hafen in der Nachkriegszeit, daß Polen neben dem Hafen Gdingen unbedingt auch den Hafen in Danzig benötige, da dies die starke Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens erfordere.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sejm-Ausschusses, Abg. Rosydarcki, stellte fest, daß Polen nicht nur zwei, sondern drei und sogar vier Häfen haben müsse. Abg. Jaleski bemerkte, daß sich Polen von diesem Wege durch keinerlei Provokation abbringen lassen dürfe. Die Mitglieder des Ausschusses haben, wie die polnische Telegraphen-Agentur noch meldet, während ihres kurzen Aufenthaltes auch den Danziger Volkstag besucht und dem sozialdemokratischen Volkstagspräsidenten Spill einen Besuch abgestattet.

Polen scheint es in den letzten Tagen geradezu darauf abgesehen zu haben, Deutschland bei jeder Gelegenheit Nadelstiche zu verfehlen. Zuerst Herr Jaleski unerschämtes Interview in Gdingen, dann die Provokation durch den Truppentransport und nun die hahnhehnerischen Äußerungen der Mitglieder des Seeschiffahrtsausschusses des Sejm auf der Danziger Besichtigungstour. Es sind nicht leere Worte, die Strahburger gesagt hat. Polens Bestrebungen gehen schon lange dahin, auch den Hafen Danzig seinem Machtbereich einzuverleiben. Als der Danziger Volkstag noch eine Rechts-

mehrheit hatte, lag hierin wenigstens die Gewähr, daß die Polonisierungswelle an der starken national-deutschen Barriere zerbrechen würde. Seitdem aber die Sozialdemokratie in Danzig am Ruder ist, ist die Erhaltung dieses uns geraubten Gebietes für das Deutschtum sehr gefährdet. Es ist doch bezeichnend für die unationale Haltung dieser Partei, daß der sozialdemokratische Volkstagspräsident die Polen, kurz nachdem sie offen ihre Annexionsbestrebungen auf den Danziger Hafen geäußert hatten, als Besucher empfing. Mehr denn je sollte der Blick ganz Deutschlands nach Osten gerichtet sein, denn dort sind Gefahren für das Deutschtum im Anzuge, gegen die unsere vollste Abwehrkraft eingesetzt werden muß.

Rotfront-Verbot in Danzig.

Danzig, 21. Juni. Nach Feststellungen bedeutet das Auftreten des Roten Frontkämpferbundes in Versammlungen unter freiem Himmel und bei Umzügen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ruhe. Der Polizeipräsident hat daher bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, an denen Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in Uniform teilnehmen, verboten. Als Demonstration gegen dieses durchaus gerechtfertigte Verbot erschienen vier kommunistische Volkstagsabgeordnete in der Uniform der Roten Frontkämpfer in der gestrigen Plenarsitzung des Volkstages und verübten neben langatmigen Agitationsreden allerlei Kinderreien, womit sie sich aber im ganzen Parlament nur lächerlich machten.

Der litauische Ausweisungsbefehl gegen Direktor Rümmler aufgehoben. Bei dem Verlagsdirektor des „Memeler Dampfboot“, Rümmler, erwieben ein Beamter der Staatspolizei und teilte ihm mit, daß der Ausweisungsbefehl vorläufig aufgehoben worden sei.